

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende Bei SmartMeter auf Freiwilligkeit setzen und Elektrosmog vermeiden

Am Freitag, 26. Februar 2016, berät der Bundestag in erster Lesung über das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Der Gesetzesentwurf sieht einen verbindlichen Einbau von sog. Smart Meter, intelligenten Messsystemen, auch in Privathaushalten vor. Unverständlich bleibt, warum die Bundesregierung die fundierte Kritik aus den Reihen der Länderkammer in keiner Weise aufgegriffen hat. „Ein erneutes Zwangsgesetz zum Einbau gesundheitsgefährdender, qualitativ und technisch unausgereifter Produkte, wie vor Jahren bei der Energiesparlampe, braucht niemand“, kritisiert Jörn Gutbier von der Umwelt- und Verbraucherorganisation diagnose:funk.

Dass sich auf der Haushaltsebene mit SmartMetering faktisch keine Energie sparen lässt, die nicht auch durch Aufklärungskampagnen erzielbar wäre, hat sich die Bundesregierung nun schon mehrfach vorrechnen lassen. Trotzdem wird mit dem aktuellen Gesetzesentwurf der mögliche Zwangseinbau in alle Haushalte ab 2020 schon mal vorgehalten. Faktisch geht es hier jedoch nicht um Energiesparen, sondern um die der Industrie seit langem versprochene Marktvorbereitung für sogenanntes „SmartHome“/„SmartLiving“ – einen 400 Mrd. Euro Markt, wie die Industrie offen sagt.

Im aktuellen Gesetzesentwurf werden insbesondere die Mieterrechte ausgehöhlt. Mieter sollen nicht nur dem Zwangseinbau nicht widersprechen können, sondern müssen auch noch die Systeme nutzen, für die der Anschlussnehmer, also der Vermieter, sich mal entschieden hat. „Nach dem Willen der marktbeherrschenden Messstellenbetreiber und der Telekommunikationsindustrie sollen hier vorrangig gesundheitsschädliche Funksysteme zum Einsatz kommen“, kritisiert der für den Verbraucherschutz zuständige Vorstandsvorsitzende Jörn Gutbier.

Auch die „Alternative“ Powerline, Kommunikationssignale über das Stromnetz, sind in seinen Augen „höchst problematisch“: „Der damit erzeugte Elektrosmog auf allen Leitungen des Hauses stört nachweislich Wohlbefinden und Gesundheit.“ Zudem beeinflussen Powerline-Kommunikationsmodule die Technik-Anwendungen selbst. Im gesamten Stromnetz wird der sogenannte „schmutzige Strom“ erheblich zunehmen. Bekannt ist, dass digitale Zähler auf Störeinflüsse empfindlich reagieren und es zu falschen Messwerten kommen kann.

„Wir fordern, dass alle Stromkunden, ob nun Mieter oder Eigentümer, immer die freie Wahl haben und volle Kontrolle über ihre Daten behalten müssen. Zudem ist über Vor- und Nachteile „intelligenter“ Messsysteme vor dem Einbau umfassend zu informieren“, so Jörn Gutbier. Und dort, wo der Einsatz von Kommunikationsmodulen gewünscht wird, sollte die Datenübertragung möglichst kabelgebunden ausgeführt werden.

(2790 Zeichen mit Leerzeichen)

Weitere Informationen:

<https://www.diagnose-funk.org/ratgeber/elektrosmog-im-alltag/elektromagnetische-strahlung/intelligente-verbrauchszaehler>

<https://www.diagnose-funk.org/themen/elektrosmog-themen/smart-meter>

<http://www.bajog.de/de/fachberichte/smart-meter-beeinflussungen-und-zerstoerungen.html>

PRESSE- MITTEILUNG

26.02.2016

Seite 1/1

diagnose:funk
Umwelt- und
Verbraucherorganisation
zum Schutz vor
elektromagnetischer Strahlung e.V.

Postfach 15 04 48
70076 Stuttgart

www.diagnose-funk.org
kontakt@diagnose-funk.org

Pressekontakt

Jörn Gutbier
Ressort Verbraucherschutz
joern.gutbier@diagnose.funk.de
Tel: +49 (0)7032 944 16-3

Das Ziel von diagnose:funk ist, über gesundheits- und umweltschädigende Wirkungen elektromagnetischer Felder, wie sie durch Handys, Smartphones, Mobilfunkantennen, WLAN, DECT und weitere Elektrosmogquellen verursacht werden, sowie über die psycho-sozialen Auswirkungen digitaler Medien aufzuklären. Dadurch sollen Verhaltensweisen von Verbrauchern und Politik geändert und Lösungen für umweltverträgliche und zukunftsfähige Technologien forciert werden.